

Prioritäten des Vereins Unser Recht - Notre Droit – Nostro Diritto – Noss Dretg

Am 11. September 2008 führte der Verein Unser Recht - Notre Droit – Nostro Diritto – Noss Dretg in Bern eine Konferenz „Aktuelle Spannungsfelder zwischen Recht und Politik“ durch. Je zwei Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Wissenschaft ihre Erwartungen und Prioritäten dar: Nationalrätin Martine Brunschwig Graf, Nationalrat Kurt Fluri, Prof. Dr. iur. Helen Keller und Prof. Dr. iur. Thierry Tanquerel. Diese Referate sowie die Diskussion legten eine Grundlage für die Bestimmung der wichtigsten Aufgaben des Vereins.

Am 30. September 2008 beriet der Vorstand die Ergebnisse der Konferenz. Dabei stellte er fest, dass die Vereinsarbeit nur relevant sein kann, wenn sie weitgehend auf die politische Agenda ausgerichtet wird: Auf die Zeitpläne für Beschlüsse in Bundesrat und Parlament (Kommissionen und Räte) sowie auf den Abstimmungskalender. Der Vorstand will sicherstellen, dass der Verein *rechtzeitig* zur Meinungs- und Willensbildung beiträgt.

Rechtsstaatliche und völkerrechtliche Anliegen, welche noch nicht auf der politischen Agenda stehen, kann der Verein zwar im Auge behalten, jedoch nur in Ausnahmefällen schergewichtsmässig unterstützen, da er seine Arbeitskapazität nicht verzetteln will.

Die regelmässige Überprüfung und Neubestimmung der Arbeitsprioritäten wird eine Hauptaufgabe des Vorstands sein. Er wird deshalb die durch Nationalrat Kurt Fluri für die Konferenz vom 11.9.08 erstellte Liste der rechtsstaatlich und völkerrechtlich relevanten Parlamentsgeschäfte und Abstimmungsvorlagen als permanente Arbeitsgrundlage aktuell halten. Der Vorstand wird die Mitglieder des Vereins über seine Prioritäteneinstellungen regelmässig informieren, sie zur Diskussion stellen und Anregungen aus der Mitgliedschaft berücksichtigen.

Der Vorstand sieht für die nächste Zeit folgende Arbeitsprioritäten des Vereins:

- Initiativen mit rechtsstaatlicher oder völkerrechtlicher Problematik, welche zur Volksabstimmung kommen: Aktuell vor allem Minarettverbotsinitiative und Ausschaffungsinitiative
- Präventive Gewährleistung der Übereinstimmung des Rechts mit Verfassung und Völkerrecht
- Gültigkeit von Volksinitiativen
- Kontrolle der Verfassungsmässigkeit im Anwendungsfall
- Kontrolle der Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht im Anwendungsfall („Schubert-Praxis“)
- Nationale Menschenrechtsinstitution
- Rassismusbekämpfung, insbesondere durch das Strafrecht

Der Verein befasst sich ausserdem mit Vorstössen zur Bekämpfung von Folter und Menschenhandel sowie zum Schutz vor Datenmissbrauch.